

Anzeigen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wübelmstr. 17)
bei E. S. Altrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Meseritz bei H. Matthies,
in Breschen bei J. Jabsch.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 428.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt für ein Jahr 4 Mark, für ein halbes Jahr 2 Mark 50 Pf. Die Expedition in Posen ist für den Empfang der Zeitung zu bezeichnen.

Sonnabend, 21. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 20. Juni. Der König hat den Landgerichts-Rath Bütter in Greifswald zum Ober-Landesgerichts-Rath in Marienwerder, den Landgerichts-Rath Winchenbach in Stargard zum Ober-Landesgerichts-Rath in Stettin, den Landesgerichts-Rath Maske in Torgau zum Ober-Landesgerichts-Rath in Hamm, und den bisherigen Meliorations-Bauinspektor, Baurath Michaelis in Münster zum Regierungs- und Baurath ernannt.

Der Rechtsanwalt Greve zu Gelsenkirchen ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gelsenkirchen, ernannt worden.

An die am 1. Juli d. J. in Wirksamkeit tretende Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn sind versetzt: der Regierungs-Rath Becker in Berlin als Direktionsmitglied, unter kommissarischer Uebertragung der Funktionen des Vorsitzenden dieser Behörde, der Regierungs-Rath Möhlhausen, bisher in Hannover, als Direktionsmitglied, unter Kommitzung nach Hamburg behufs Wahrnehmung der zur Zeit der Hamburger Deputation der Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft obliegenden Geschäfte. Der Regierungs- und Baurath Michaelis ist der königlichen Regierung in Merseburg überwiesen worden.

Der württembergische Ingenieur Feher in Saargemünd ist zum Eisenbahn-Bauinspektor bei der Verwaltung der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt und ihm die bisher von ihm kommissarisch verwaltete Bauinspektion im Bezirk der Betriebsinspektion Saargemünd definitiv übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung.

Berlin, 20. Juni. Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher. Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Neu eingetreten ist der Abg. Schmieder. Eingegangen ist eine Vorlage, betreffend den Bau eines Geschäftshauses für den deutschen Vertreter in Shanghai.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und nimmt die zweite Beratung der Unfallversicherungs-Vorlage

bei § 41 auf.

§ 41 handelt von der Vertretung der Arbeiter. Zum Zweck der Wahl von Beisitzern zum Schiedsgericht, der Deputations- und der Vertretung von Unfällen zu erlassenden Vorschriften und der Theilnahme an der Wahl zweier nicht ständiger Mitglieder des Reichsversicherungsamtes werden für jede Genossenschafts-Sektion, und sofern die Genossenschaft nicht in Sektionen getheilt ist, für die Genossenschaft Vertreter der Arbeiter gewählt.

Die Zahl der Vertreter muß die Zahl der von den Betriebsunternehmern in den Vorstand der Sektion bezw. der Genossenschaft gewählten Mitglieder gleich sein.

Die deutsch-freisinnige Partei (Abg. Dr. Barth) beantragen die Wiederherstellung des § 41 in der Fassung der Regierungsvorlage, monach zum Zweck der Mitwirkung bei der Untersuchung von Unfällen u. (wie oben) ein Arbeiterausschuß errichtet werden soll. Ferner bestimmt die Regierungsvorlage, daß statt eines Arbeiterausschusses deren mehrere nach Bezirken gebildet werden.

Abg. Schrader: In der Besung der Kommission stand die deutsch-freisinnige Partei zusammen mit den Konservativen und der Regierung gegen die Nationalliberalen und das Zentrum. Das beweist schon, daß es sich keineswegs um politische Gesichtspunkte handelt. Für die zweite Lesung machte sich aber ein Kompromiß der Konservativen des Zentrums und der Nationalliberalen geltend, deren Folge die Streichung des Arbeiterausschusses war. Man wollte eben die Arbeiter unter die spezielle Aufsicht der Arbeiter stellen. Wenn Sie aber auf der einen Seite die Arbeitgeber organisieren, so ist es eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, auch den Arbeitern die Möglichkeit einer wenigstens annähernd entsprechenden Organisation zu gewähren, wie die Regierung es durch diesen Arbeiterausschuß verlangt hat. Da doch nun einmal Zwangsorganisationen in diesem Geiste geschaffen sind, so ist auch die Errichtung von Arbeiterausschüssen gerechtfertigt und erforderlich. Nimmt das Haus unseren Antrag an, so ist deshalb nicht zu fürchten, daß die Vorlage scheitert, wie man uns stets vorgeworfen, denn die Regierungen sind ja für diesen Arbeiterausschuß. Nehmen Sie aber den Arbeiterausschuß ab, so können Sie nimmermehr Frieden zwischen Arbeiter und Arbeitgeber schaffen. Im Interesse des Gesetzes lege ich Ihnen ans Herz, der Regierungsvorlage zuzustimmen; auch die Regierung ersuche ich, noch einmal heute mit Entschiedenheit für den Arbeiterausschuß einzutreten, damit dieses Gesetz, das nun zu Stande kommen wird, so ganz anders, als wir es gewünscht haben, in diesem einen wichtigen Punkt wenigstens verbessert und im Sinne der Regierung angenommen werde. (Beifall links.)

Berichterstatter Abg. Dr. v. Hertling tritt dem Vorredner entgegen und behauptet, daß die von den Kommissionsbeschlüssen erhobenen Vorwürfe nicht bewiesen worden.

Abg. Lohren: Auch ich hatte, wie Abg. Schrader, den Wunsch, daß dieser Arbeiterausschuß eingeführt werde, ja noch mehr, daß der Arbeiterausschuß der Vorläufer von Arbeitskammern sein solle. Nun ist es aber eine Tatsache, daß in diesem Hause sehr viele Mitglieder, welche wohl die Unfallversicherung wünschen, aber von den Arbeiterkammern nichts wissen wollen. Zudem zeigte sich in der Kommission bald, daß der Arbeiterausschuß nicht im Stande sein würde, die Aufgabe der Untersuchung von Unfällen zu erfüllen. Wie soll denn bei der großen Zahl von Unfällen der Arbeiterausschuß im Stande sein, nach rechts und links, nach allen Orten zu fahren, um die Unfälle zu untersuchen? Soll eine gute Untersuchung möglich sein, so muß der Untersuchende sofort an Ort und Stelle sein und deshalb hat die Kommission bestimmt (in § 45), daß die Vorstände der Krankenkassen und Knappschaftskassen Bevollmächtigte und Erfahrmänner zur Theilnahme an den Unfalluntersuchungen ernennen sollen. Mit dieser heilsamen Aenderung ist, wie ich glaube, die Vorlage für Jeden annehmbar. (Beifall rechts.)

Abg. Stolle: Es ist doch anzunehmen, daß die Regierung ihren Entwurf sorgsam ausgearbeitet und überlegt hat — es wäre also sehr überraschend, wenn die Regierung heute nicht für den Arbeiterausschuß eintreten würde. Die Fassung, welche die Kommission dem Paragraphen gegeben hat, ist weit entfernt, Harmonie zwischen Arbeiter und Arbeitgebern zu schaffen, wird vielmehr nur noch mehr Haß zwischen beiden schaffen. Kann dann die Regierung der Arbeitervertretung, die die Kommission schaffen will, eine Gewähr geben, daß sie nicht von den Kapitalisten, von den Arbeitgebern gemäßregelt werden, wenn sie ein jenen nicht gefallendes Votum abgeben und ganz anders und in voller Unabhängigkeit würde das Votum abgegeben werden können, wenn der Arbeiterausschuß selbständig für sich tagen kann. Stimmen Sie gegen den Arbeiterausschuß, so beweisen Sie, daß Sie den Arbeitern nur niedere Triebe vertrauen — Sie tragen die Verantwortung für den Haß, den die Streichung des Arbeiterausschusses in den Arbeiterkreisen erregen wird.

Minister v. Bötticher: So tragisch, wie der Vorredner, sehe ich die Frage nicht an. In der That halte ich es für eine gerechtfertigte Forderung der Arbeiter, daß sie in einem eigenen Arbeiterausschuß ihre Vertretung finden. Betsach sind mir Einwendungen gegen den Arbeiterausschuß gemacht worden, vor Allem hat man gemeint, daß durch den Arbeiterausschuß der soziale Frieden gestört werden könne. Ich bin dieser Meinung nicht und habe dem auch entschieden Ausdruck gegeben, so gegenüber dem Zentralverband deutscher Industrieller, freilich ohne Erfolg. Dieses Zusammenwirken mit dem Arbeitgeber, wie es die Kommission wünscht, kann dem Arbeiter nicht so willkommen sein, kann ihn auch nicht so unabhängig machen, als wenn er im Arbeiterausschuß innerhalb seines Gleichen sich bewegt. Die Gegner des Arbeiterausschusses haben gemeint, daß der Arbeiterausschuß Gegenständlichkeit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber schaffen würde. Die Sache liegt doch aber so, daß der Arbeiter nicht seine Arbeitgeber, sondern seiner Berufsgenossenschaft angehört. Eine Organisation der Arbeiter läßt sich doch überhaupt nicht verhindern, es ist also besser, öffentlich bestehende Organisationen mit gesetzlich bestimmten Befugnissen ins Leben zu rufen. Ich kann mich zum Beweise für die wohlthätig wirkenden schon bestehenden Arbeiterausschüsse berufen. So auf den auf der Marienbütte bei Rügenau in Schlesien. Drei Kompetenzen des Arbeiterausschusses, wie die Regierungsvorlage ihn wünscht, sind fest begrenzt, so daß gefährliche Konsequenzen nicht zu befürchten sind. — Die Regierung kann also nach wie vor Sie nur ersuchen, dem Vorschlag der Regierungsvorlage zuzustimmen. Materiell, glaube ich allerdings, sind die Interessen der Arbeiter auch durch den Kommissionsbeschuß gesichert.

Abg. Winterer (Elsaß) spricht sich gegen den Arbeiterausschuß aus, der nur zwei gesonderte Vertretungen der Ausbeuter und der Ausbeuteten im sozialistischen Sinne schaffen würde.

Abg. Dr. Girsch: Nichts liegt uns ferner, als eine Gegenüberstellung von Arbeitern und Arbeitgebern. Was man von den patriarchalistischen Zuständen des schönen Elsaß anführt, gilt leider nicht für ganz Deutschland. Wir handeln nach dem alten Spruche „schädlich — trieblich“, die verschiedenen Interessenten dürfen und können nicht in einer Vertretung vereint werden. Kann Arbeiter und Arbeitgeber in einer Vertretung gedeidlich zusammen arbeiten, wenn man auf der Versammlung des Zentralvereins der Industriellen gesagt hat, die Autorität des Arbeitgebers werde durch den Arbeiterausschuß erschüttert? Ein einziges stilles Mitglied der Kommission, Abg. Stolle, ist für den Arbeiterausschuß eingetreten, eben auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen. Und da hat er gerade das Rechte getroffen, wenn er sagte, die gemeinsame Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitern sei worthless, die Anwesenheit der Arbeitgeber schwächere den Arbeiter ein, mache die Anwesenheit der Arbeiter überaus nutzlos. Deshalb aber unterscheidet sich der Vorschlag der Kommission nicht nur formell von dem Regierungsvorschlag, sondern durchaus formell. Sie thun hier immer so, als wenn der Arbeiterausschuß die erste Organisation sei, die für den Arbeiter geschaffen werde. Wir haben doch aber seit lange schon das Koalitionsrecht, auch für Arbeiter. Ist es denn aber so, daß die Arbeitgeber immer nur das Wohl der Arbeiter im Auge haben? Nein, es steht noch sehr viel Egoismus in den Arbeitgebern und deshalb müssen die Arbeiter eine Vertretung haben, die sie sichert und schützt. In Deutschland haben Sie die meisten Zwangsvereinigungen der Arbeiter und Arbeitgeber und die stärkste Sozialdemokratie — in England die freien Verbindungen und gar keine Sozialdemokratie. Giebt Ihnen das nicht zu denken? Es ist für die deutsch-freisinnige Partei ein angenehmes Gefühl, Schulter an Schulter mit der Regierung zu kämpfen — wir stellen uns also nicht immer zu der Regierung negativ. Aber bedauerlich ist es, daß die Regierung heute so milde ihren Standpunkt vertreten hat, daß ich fast fürchten muß, sie wird ihren Standpunkt nicht festhalten.

Minister v. Bötticher: Ich habe gesagt, daß die verbündeten Regierungen zu den Kommissionsbeschlüssen noch keine Stellung genommen haben, daß die Reichsregierung aber nach wie vor auf der Forderung des Arbeiterausschusses besteht. Ich glaube, das ist doch scharf genug.

Abg. v. Malgahn-Gülz: Ich für meine Person würde sehr gern für den Arbeiterausschuß stimmen, aber es ergibt sich doch, daß die Majorität des Hauses Bedenken gegen den Arbeiterausschuß hat. Ich kann freilich einen großen Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und der der Kommission nicht finden. Die Kommissionsvorlage bildet auch für diesen Paragraphen die Grundlage, auf der wir Alle uns einigen können.

Abg. Dr. Windthorst: Ich bin gegen den Arbeiterausschuß und wenn Abg. Girsch glaubt, die Arbeiter hätten nicht den Muth, in Gegenwart der Arbeitgeber ihre Ueberzeugung anzusprechen, so hat er eine sehr schlechte Meinung von den Arbeitern, die dann am allerwenigsten den Arbeiterausschuß verdienen würden. Der Herr Minister meint, der Arbeiterausschuß hätte seine bestimmten Schranken. Ja, aber wird er nicht darüber hinausgehen? Sehen wir nicht, daß auch da wo bestimmte Schranken geschaffen sind, man doch gewaltig darüber hinausgeht? Vor Allem aber ist Eins festzuhalten, daß nämlich die Kommissionsvorlage den Arbeitern alle Rechte läßt, die ihnen die Regierungsvorlage gewähren wollte. Daß heute die Sozialdemokratie für die Vorlage stimmt, überträgt mich nicht, denn der Arbeiterausschuß ist nichts Anderes als die organisierte Sozialdemokratie — und ich hoffe, der Vertreter der Regierung wird sich nochmals überlegen, was es bedeutet, daß die Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit der Regierung stimmt, auch der Abg. Dr. Girsch (Weiterkeit.) Für mich ist diese Frage so wichtig, daß wenn der Arbeiterausschuß angenommen wird, ich gegen die ganze Vorlage stimmen werde.

Während dieser Rede ist Fürst Bismarck eingetreten. Abg. Dechselhäuser: Abg. v. Malgahn hat völlig Recht, wenn er meint, daß es sich bei der Differenz zwischen Regierungs- und Kommissionsvorlage nur um Worte handelt. Es klingt bei den gegenwärtigen Verhältnissen wirklich komisch, wenn man sagt, daß die Arbeiter in Gegenwart der Arbeitgeber sich bedrückt und genirt fühlen. Das ist durchaus unrichtig. Und vollends wo eine gemeinsame Aufgabe sich bietet, da sollte man die Gelegenheit ergreifen und Arbeiter und Arbeitgeber zu gemeinsamer Berathung vereinigen. Auf Grund meiner Jahrzehnte langen Erfahrung hoffe ich bestimmt, daß § 41 in der Fassung der Kommission der gesamten Industrie zum Segen gereichen wird.

Die Diskussion wird geschlossen und sodann Antrag Barth auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag, also für die Regierungsvorlage stimmten nur die deutsch-freisinnige Partei, die Volkspartei und die Sozialdemokraten; auch die Abg. Minister v. Puttkamer und v. Gölter stimmten dagegen.

§ 41 wird hierauf unverändert angenommen.

§ 42 bestimmt, daß die Wahl der Beisitzer durch die Vorstände der Orts- und Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen, welche im Bezirke der Sektion bezüglich der Genossenschaft ihren Sitz haben, erfolgen soll.

Die deutsch-freisinnige Partei (Antrag Barth) beantragt, statt der Worte „Orts- und Betriebs-(Fabrik-)Krankenkasse“ zu setzen „Krankenkassen“.

Abg. Dr. Girsch befürwortet den Antrag besonders mit dem Hinweis, daß es für Arbeiter oft schwer sei, einer Orts- oder Betriebs-Krankenkasse beizutreten, und daß die anderen, hier nicht genannten Krankenkassen, die freien Kassen, für welche erst vor Kurzem der Reichstag im Geise beschloffen habe, in dieser Vorlage diskreditirt würden. Dies geschähe, trotzdem die freien Kassen durch dieses Geise doch eigentlich doch mehr belastet würden als die anderen.

Abg. Grillenberger: Die Kommission hat das wenig Gute, was in dieser Vorlage vorhanden war, noch verächtet. Trotzdem die Vorlage selbst uns nicht zusetzt, haben wir doch mehrmals Veranlassung genommen, der Kommissionsvorlage gegenüber die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu beantragen. So auch hier, indem wir den Antrag stellen, daß die Wahl zu Beisitzern erfolgen soll aus sämtlichen vertheilten Arbeitern. Es liegt doch auch wirklich kein Grund vor, einen Theil der beteiligten Arbeiter von der Wahlfähigkeit auszuschließen. Das ist eine solche Ungerechtigkeit, daß die Arbeiter allerorten erklären, von der ganzen Sozialreform nichts mehr zu halten, und die Unfallversicherung für eine Fata Morgana bezeichnen. — Wenn Abg. Dr. Windthorst davon gesprochen hat, die Arbeiter müßten mit ihren Herren zusammen beraten, so müßte er auch von Rechten sprechen. Es giebt keine Herren der Arbeiter, Arbeitgeber und Arbeiter sind gleichberechtigte Staatsbürger. Die Arbeiter können nicht mit ihren „Herren“ zusammen beraten, weil sie sonst in Gefahr gerathen, ihre Stellung zu verlieren, wie es der Zentralverein der deutschen Industriellen bereits angedroht hat. Dieser Zentralverein hat dabei eine Sprache geführt, wie man sie von amerikanischen Sklavenhaltern erwarten könnte, nicht aber von deutschen Industriellen, die immer von ihrer Arbeiterfreundlichkeit sprechen. Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, daß Sie unsern Antrag annehmen, denn es zeigt sich ja, daß Sie die armen Unternehmer, die immer so sehr Noth leiden, vor der Ausbeutung Seitens der Arbeiter schützen wollen. Sie wollen durchaus Etwas zu Stande bringen, gleichviel ob gut oder schlecht. Ich gebe zu, daß einige Vorbeile in der Vorlage enthalten sind, so die Befestigung der Privatversicherungsgesellschaften. (Hört, hört! rechts.) Aber die Bestimmungen, die Sie sonst getroffen haben, zeigen, daß Sie Ihre Beschlüsse fassen zu Gunsten der Großindustriellen, der Zünftler.

Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Grillenberger (fortfahrend): Es thut mir leid, daß ich einen Ordnungsruf erhalten habe, es kann mich dies aber nicht in meiner Anschauung beeinflussen.

Präsident v. Levetzow: Das ist ein Widerspruch gegen die Geschäftsordnung, für den ich Sie zum zweiten Male zur Ordnung rufe. (Beifall rechts.)

Abg. Grillenberger schließt mit dem Hinweise, daß alle Arbeiter gleichberechtigt wären, in diese Arbeitervertretung gewählt zu werden.

Abg. Dr. Windthorst tritt für den Kommissionsantrag ein. Die Sozialdemokratie — das würden die Arbeiter selbst immer mehr und mehr einsehen — wollen mit ihren Anträgen nur ihrem Einflusse auf die Arbeiter neue Wege eröffnen.

Die Diskussion wird geschlossen und sodann § 42 unverändert nach der Kommissionsvorlage angenommen.

Ohne Diskussion erledigt das Haus die §§ 43—45 und vertagt die Sitzung dann auf Sonnabend 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Unfallversicherungs-Vorlage. Schluß 5½ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 19. Juni. Die gestrige Sitzung der Budgetkommission, welche mit der Berathung der Postdampfer-Vorlage beauftragt ist, hat durch die Aufklärungen, welche über die Finanzlage des Reichs gegeben worden sind, außerordentliche Bedeutung gewonnen. Vor Eintritt in die Berathung der Vorlage beantragte der Abg. Richter die Vorlegung des zur Sache nöthigen Materials seitens der Regierung, was dahin präzisirt wurde, daß seitens der einzelnen Mitglieder bestimmte Fragen in dieser Richtung gestellt werden sollen. Zunächst wurden Fragen gestellt betreffend: 1) den Finanzabschuß des Etatsjahres 1883/84, 2) die Einnahmen des laufenden Etatsjahres, 3) den Voranschlag der Zucksteuer pro 1884/85 und 4) die Uebersicht der Mindereinnahmen bezw. Mehrausgaben, wie sie für den nächsten Etat vorzuziehen sind. Zur Beantwortung der ersten Frage hob Staatssekretär Barchard zunächst hervor, die finanzielle Lage habe sich seit 1879 sehr gebessert. Im laufenden Etatsjahre werde von den Einnahmen nichts verlangt, sondern denselben noch eine Summe von ca. 42 Millionen Mark herausgegeben. Der Etatsabschuß für 1883/84 habe im Großen und Ganzen ergeben, daß die Ausgaben mit den Voranschlägen des Etats übereinstimmen, die Mehrausgaben beliefen sich auf nur M. 396 000. Die Einnahmen wiesen bei fast allen Zweigen erhebliche Steigerungen von im Ganzen 5 400 000 M. auf, insbesondere bei der Brauerei 1 716 000 M., bei der Post- und Telegraphenverwaltung 400 000 M., bei den Reichs-

Eisenbahnen 400 000 M., bei dem Bankwesen 400 000 M. Diesen gegenüber steht aber bei der Brantweinsteuer ein Ausfall von 194 000 M. und bei der Zuckersteuer von 6 669 000 M. Ferner weisen die Zölle eine Mindereinnahme gegen den Etat von 576 000 M. und die Tabaksteuer eine solche von über 6 000 000 M. auf, die auf eine Mindernde zurückzuführen wird. Diesen Ausfällen steht nur eine Abrechnung bei der Reichssteuer von 984 000 M. gegenüber. Abg. Richter bemerkt, die gegebene Erklärung rechtfertige seine Befürchtungen; dieselbe bedeute eine Verschlechterung der Reichsfinanzen um über 7 Mill. Mark. Zudem sei in den laufenden Etat ein Ueberschuß aus dem Etatsjahre 1882/83 in Höhe von 15 Mill. M. eingestellt. Dieser sei verbraucht. Zu dem Defizit aus den in die Reichskasse fließenden Einnahmen von 1880 000 M. komme die Mindereinnahme von 5 500 000 M. aus den Zöllen und der Tabaksteuer, welche direkt auf die Einzelstaaten übergehen und also in den Etats dieser Staaten neu aufgebracht werden müssen. Kämen dazu noch 4 Millionen M. Subvention für Postdampfer, so würden 26 500 000 M. in 1885/86 mehr aufzubringen sein, als im laufenden Jahre. Unter solchen Umständen könne nicht behauptet werden, daß eine Ausgabe, wie die vorgeschlagene, weil sie als nützlich anzusehen sei, ohne Rücksicht auf die Finanzlage bewilligt werden müsse. Abg. v. Suenne konstatierte, den Beweis dafür, daß die Vorlage der Art nützlich sei, daß sie bewilligt werden müsse, sei Staatssekretär von Burchard schuldig geblieben. Deshalb sei die Finanzlage allerdings von erheblicher Bedeutung zur Beurteilung der Vorlage. Nicht nur die Reichsfinanzen seien zu beachten, sondern besonders auch die Finanzen der Einzelstaaten wegen ihres engen Zusammenhanges mit den ersteren. Redner wünschte schriftliche Mittheilung in gegebenen Zahlen. Auch für Abg. v. Benda war die Mittheilung des Staatssekretärs nicht erfreulich. Indessen handle es sich hier um eine allgemeine wirtschaftliche Melioration, aus welcher eine Verbesserung unserer Finanzen hervorgehen solle. Es sei also nachzuweisen, ob die Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß das Unternehmen eine solche Wirkung haben werde. Abg. Büchtemann weist darauf hin, zunächst sei nur die Finanzlage zu erörtern. Der finanzielle Schwerpunkt liege in den Einzelstaaten, in welchen über die aus der Reichskasse angewiesenen Summen längst disponirt sei. Jede Verringerung derselben wirke schwer ein. Staatssekretär Stephan behauptete, die vorliegende Frage könne nicht rein vom finanziellen Standpunkte aus beurtheilt werden, das Interesse der Einzelstaaten müsse zurücktreten. Die Finanzlage des Reichs sei übrigens im Bundesrathe sehr reichlich erörtern. Das nächste Budget sei zahlenmäßig nicht festzustellen, noch weniger die späteren. Bei der Finanzlage und der Kraft des Reichs sei dasselbe wohl im Stande, die vorgeschlagene Ausgabe zu leisten. Abg. Dr. Hammerer hält die Wichtigkeit der vorgeschlagenen finanziellen Prüfung durch den Verlauf der Diskussion für dringend gerechtfertigt. Wenn der Bundesrat eine genaue Ermägung der Finanzlage des Reichs vorgenommen habe, so hätte das Ergebnis derselben in den Motiven des Gesetzes an erster Stelle mitgetheilt werden müssen. Er konstatierte, daß zwischen den Ausführungen der beiden Staatssekretäre ein Widerspruch bestehe; Staatssekretär v. Burchard wolle nichts davon wissen, daß zur Beurteilung der Vorlage die Finanzlage herangezogen werde, während nach Staatssekretär Stephan die Finanzlage im Bundesrathe genau geprüft sein solle. Abg. Dr. Frege stellte die kommerzielle Seite der Frage in den Vordergrund und exemplifizierte auf die Kosten des Reichstagsbaues und der Goldwährung (!), um die Geringfügigkeit der geforderten 4 Mill. M. zu beweisen. Er vermutete hinter dieser Vorlage weitgehende Kolonisationspläne, die ihn mit Begeisterung erfüllten. Sei die Finanzlage unbefriedigend, weshalb habe die Regierung nicht längst die Verdoppelung der Getreidezölle vorgeschlagen und durchgeführt? Dem Abg. Fürst Hagelstufte zufolge sind ziffermäßige Nachweise über den zu erwartenden Nutzen der Vorlage nicht aufzumachen. Die Steuerkraft des Landes sei durch solche Unternehmungen im Allgemeinen zu heben. Die Finanzlage sei kein Hinderniß. Abg. Richter tritt der Annahme des Staatssekretärs v. Burchard entgegen, die Zuckersteuervorlage werde das Defizit beseitigen. Die Erhöhung der Zuckersteuer werde von seiner Partei abgelehnt. Uebrigens würde die Wirkung des Gesetzes, welches am 1. August 1885 in Kraft treten solle, erst im Etat für 1886/87 zur Erscheinung kommen. Auch im laufenden Jahre seien große Ausfälle zu erwarten. Es sei merkwürdig, daß die Vorlage gerade jetzt gekommen sei. Im nächsten Frühjahr, wenn die Finanzlage klar vorliege, würde sie nicht mehr gemacht werden können. Staatssekretär v. Burchard beharrt dabei, daß die Finanzlage trotz des ungünstigen Abschlusses des letzten Etatsjahres eine günstige sei. Abg. Büchtemann behandelt die Zuckersteuererträge und wünscht nähere Mittheilung derselben pro 1883/84, da die betreffenden Zahlen schon jetzt genügend feststünden. Demnach wird die Sitzung um 10 Uhr bis Montag Abend vertagt. Seitens des Abg. Dr. Hammerer wurde die Frage an die Regierung angelündigt: „In welchem Zusammenhange steht die Vorlage mit einer etwaigen Kolonialpolitik der Reichsregierung?“

Die XII. Kommission setzte heute die Beratung über die von den Abg. Geiger, Dr. Hartmann und Prinz Radzimir zu dem Antrag v. Szarlinski (Gebrauch der polnischen Sprache bei Gerichtsverhandlungen) eingebrachten Änderungsanträge fort. Allen diesen Anträgen liegt der Gedanke zu Grunde, daß auf Antrag der der deutschen Sprache nicht mächtigen Parteien in allen oder bestimmten Fällen ein Nebenprotokoll in der fremden Sprache aufgenommen werden soll. Der Abg. Witt erklärte sich gegen sämtliche Anträge. Den Ausführungen desselben, daß der jetzige Zustand ein durchaus befriedigender und alle Reibungen zwischen den Nationalitäten beseitigender sei, stimmte die Regierungskommission auf Grund der von der preussischen Regierung veranlasseten Erhebungen in vollem Umfange zu. Die Fortsetzung der Beratung wird auf Mittwoch, 25. Juni, vertagt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 20. Juni. Zu den Vorlagen, welche während des kurzen Restes der Reichstags-Session noch erledigt werden sollen, gehört bekanntlich der Gesetzentwurf über die Revision der Aktiengesetzgebung, und man beachtete sogar, ihn en bloc anzunehmen in der veränderten Form, in welcher er aus der Kommission zurückgekommen ist. Dies kann allerdings durch den Widerspruch jedes einzelnen Mitgliedes verhindert werden; und da man in den Kreisen der hohen Finanz noch manche Bedenken gegen die Kommissionsbeschlüsse hat, namentlich gegen die über die Gründung der Aktien-Gesellschaften — für morgen ist noch das Erscheinen einer Broschüre aus diesem Kreise gegen den Entwurf angekündigt —, so wäre es immerhin möglich, daß die en bloc-Annahme auf Widerspruch stieße. Inbezug in diesem Falle würde, bei der Zustimmung, welche die Arbeit der Kommission bei allen Parteien findet, die Fortsetzung derselben in der gewöhnlichen geschäftsmäßigen Form erfolgen. Diese Lage der Angelegenheit ist gewiß sehr bemerkenswerth, wenn man sich der überaus heftigen Polemik erinnert, welche über die Revision der Aktiengesetzgebung bis vor kurzer Zeit geführt worden, der auf rücksichtslose Beschränkung des Aktienwesens gerichteten Forderungen der äußersten Rechten, der Behauptungen, namentlich der Börsenpresse, daß dasselbe mit einem die Grundlagen des Regierungs-

entwurfes beibehaltenen Gesetze nicht fortbestehen könne. Der Umstand, daß dem gegenüber eine Kommissionsberatung von ein paar Wochen genügt hat, ein Einverständnis aller Parteien und der Regierung herbeizuführen, beweist einerseits, wie die extremen Forderungen à la Perrot, sobald es gesetzgeberischer Ernst wird, selbst von der „Kreuzzeitungs-Partei“ nicht aufrechterhalten werden können, und andererseits, wie sich der ernsthafte Versuch, Ausschreitungen vorzubeugen, doch recht wohl mit den Existenzbedingungen des Aktienwesens vereinigen läßt. — Aus der Feder des Generalsekretärs des Freihandelsvereins, M. Brömel ist soeben eine Broschüre erschienen, „die Kapitalrentensteuer nach der Vorlage der Regierung und nach den Beratungen im Abgeordnetenhaus“, welche in der ruhigen, sachlich eindringlichen Art des Verfassers jenes im Landtag unter den Tisch gefallenen Steuerprojekt des Herrn von Scholz einer nochmaligen prinzipiellen Erörterung unterzieht. Es ist das aus einem speziellen Grunde sehr verdienstlich. Es ist nämlich nicht zu leugnen, daß bei der Kritik der Kapitalrentensteuer im Abgeordnetenhaus einigermaßen diplomatisch worden ist; man hat aus Gründen, deren Gewicht für die praktische Politik hier nicht bestritten werden soll, die Bekämpfung des Entwurfs mehr nach Zweckmäßigkeits-, als nach grundsätzlichen Gesichtspunkten geführt. Auch so war das Scheitern des verfehlten Projekts das Ergebnis; aber es ist unverkennbar, daß im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit der Wiederkehr eines derartigen Entwurfs das opportunistische Zurückdrängen der grundsätzlichen Gegenstände seine erheblichen Bedenken hat. Die hier gebliebene Lücke wird von der Brömel'schen Schrift trefflich ausgefüllt.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher wurde am 19. Juni eine Plenarsitzung des Bundesraths abgehalten. Die Vorlage, betreffend die am 12. März c. unterzeichnete Uebereinkunft mit dem Königreiche Siam wegen des Handels mit geistigen Getränken in Siam, wurde dem zuständigen Ausschusse zur Vorberatung überwiesen. Die Versammlung ertheilte die Zustimmung zu den Vorlagen, betreffend den zu Paris am 14. März c. unterzeichneten internationalen Vertrag zum Schutz der unterseeischen Telegraphenkabel, dem Entwurfe eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Aufhebung eines vierten Frohntages, dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes über die Erhebung von Reichsstempel-Abgaben; die Annahme des letzteren Gesetzentwurfs erfolgte im Anschlusse an die Abänderungsvorschläge der Ausschüsse. Zahlreiche, auf den Stempelsteuer-Gesetzentwurf bezügliche Eingaben wurden durch die zu demselben gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt, ebenso mehrere auf den Gesetzentwurf über die Besteuerung des Zuckers bezügliche Eingaben. Mit den Ausschüssen wegen der Vorschläge, welche Sr. Majestät dem Kaiser in Betreff der Besetzung von Stellen bei dem Reichsgerichte vorzulegen sind, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Wie die „Vib. Rorr.“ erfährt, wird das Reichsversicherungsamt aus dem Geheimrath Bödiker, 3 Räten und 20 Subalternbeamten bestehen. Für die Unterbringung der neuen Reichsbehörde ist bereits das in der Wilhelmstraße gegenüber dem Reichsamt des Innern gelegene Bleichröder'sche Haus in Aussicht genommen.

Nachdem der Reichstag morgen die zweite Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes beendet haben wird, soll Montag die zweite Lesung des Aktiengesetzes, und demnach diejenige des Militärreluktanzgesetzes, die prinzipiell wichtigen Berichte der Wahlprüfungs-Kommission und einige Berichte der Petitionskommission, namentlich der Bericht über die Petition des Herrn Karstenn-Sichtersfeld folgen, ehe das Haus in die dritte Beratung des Unfallgesetzes eintritt.

Aus München schreibt man uns: In Bayern hat die Unzufriedenheit mit der permanenten Fehlgeldung des Königs vom Volke nachgerade einen Höhepunkt erreicht, der es mehreren hochgestellten Persönlichkeiten opportun erscheinen ließ im Interesse des Landes darüber zu berathen, wie diesem anormalen Zustande abzuhelfen sein könnte. Den äußern Anlaß dazu bot der Umstand, daß der König, dessen Vauisat nachgerade die Mittel seiner Privatschatulle vollständig erschöpft hat, eine Millionen-Anleihe versucht, sich aber mehrfach ein Refus geholt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß etwas geschehen muß und wird, um den nachgerade unerträglich gewordenen Zustand im Königreiche zu Ende zu führen. Prinz Luitpold, der Onkel des Königs, ist von den vorerwähnten Beratungen unterrichtet. Derselbe gedenkt seine Ansprüche auf den Thron — er ist 63 Jahre alt — seinem Sohne, dem Prinzen Ludwig zu überlassen.

Aus Straßburg, 19. Juni, schreibt man der „Voss. Ztg.“ zu dem von uns im Wortlaut mitgetheilten neuesten Erlaß des Staatshalters: „Betreffs der Arbeitervereine ist durch gestrige Verfügung des hiesigen Bezirkspräsidenten folgenden Vereinen die behördliche Genehmigung zum ferneren Fortbestehen entzogen worden: 1. dem hiesigen, 500—600 Mitglieder zählenden Arbeiter-Fortbildungsverein, 2. dessen Krankenkasse, 3. dem an 400 Mitglieder zählenden Verein „Germania“ und 4. dessen Kranken- und Sterbekasse. Daß es sich auch bei diesen Vereinen um sozialdemokratische Umtriebe handelt, scheint aus dem Umstande hervorzugehen, daß der ausgewiesene Stuhmacher Schmitz Präsident des Arbeiter-Fortbildungsvereins ist. Ueberdies war kürzlich ein „Aufruf an die Arbeiter Straßburgs“ in Form großer Straßenplakate von diesen Vereinen veröffentlicht worden, in welchem die Arbeiter gewarnt waren vor dem am 1. Dezember d. J. in Kraft tretenden „Krankentassegesetz“, dagegen aufgefordert waren, in die Krankenkasse des Arbeiter-Fortbildungsvereins einzutreten, die größere Sicherheit biete als die staatliche.“

Wien, 20. Juni. Heute tritt hier unter dem Vorsitz des Sektionschefs Spöggreny die Handels- und Zollkonferenz zur Beratung der laufenden Angelegenheiten zusammen. — Der „Neuen fr. Presse“ zufolge verlautet in Marinekreisen, nach den Flottenmanövern werde der Admiralsrath unter dem Vorsitz des Kaisers in Wien zusammentreten, um eventuell Re-

formen in der Flotte, und den Plan zur Ergänzung des Flottenbestandes zu berathen.

Paris, 18. Juni. Der Art. 38 des Rekrutierungsgesetzes, welcher gestern von der Kammer mit 423 gegen 48 Stimmen angenommen wurde, lautet: „Jeder Franzose, der nicht als zum Militärdienst untauglich erkannt wurde, gehört an: dem aktiven Heere drei Jahre; der Reserve sechs Jahre; der Territorial-Armee sechs Jahre; der Reserve der Territorial-Armee fünf Jahre. 1. Das aktive Heer besteht außer aus den Mannschaften, die nicht durch Einberufung rekrutirt werden, aus allen jungen Leuten, die für den Armeedienst tauglich erklärt wurden und einer der Altersklassen angehören. 2. Die Reserve des aktiven Heeres besteht aus allen Männern, die für den Armeedienst tauglich erklärt wurden und den sechs Klassen angehören, welche denen des aktiven Heeres unmittelbar vorangehen. 3. Die Territorial-Armee besteht aus allen Männern, welche die für das aktive Heer und die Reserve vorgeschriebene Dienstzeit erfüllt haben. 4. Die Reserve der Territorial-Armee besteht aus allen Männern, welche die dieser Kategorie vorgeschriebene Dienstzeit erfüllt haben. Die Territorial-Armee und ihre Reserve werden nach Regionen und deren Unterabtheilungen gebildet. Wenn die Umstände dies zu erfordern schienen, so wäre der Kriegsminister ermächtigt, die Klasse, welche ihr drittes Dienstjahr vollendet hat, unter den Fahnen zurückzubehalten. Ein solcher Beschluß müßte binnen kürzester Frist den Kammern offiziell mitgetheilt werden.“

Paris, 19. Juni. Der „Temps“ bringt die offiziöse Mittheilung, daß die englische Regierung mit den Handelskammern den Zolltarif in dem von ihr übereilt angenommenen englisch-französischen Vertrage in Betreff des Kongo prüfen wolle und daß sie gegenwärtig sehr bedeutende Abänderungen im Tarife von Portugal verlange.

Paris, 19. Juni. Bezüglich des bereits gemeldeten Abschlusses eines Vertrages mit Kamboja, depeßchirt man der „Voss.“: Mit der Uebernahme der gesamten Verwaltung des Königreiches Kamboja thut Frankreich einen weiteren Schritt zur Gründung eines großen Kolonialreiches in Ostindien, welches nunmehr bereits Cochinchina, Kamboja, Anam und Tonkin umfaßt. Dieser neue Erfolg der Kolonialpolitik Jerrys ruft in Paris große Befriedigung hervor. Unter dem zivilisatorischen Gesichtspunkte ist bemerkenswerth, daß Frankreichs erste Handlung in Kamboja die Abschaffung der Sklaverei ist.

Brüssel, 20. Juni. Wie der „Moniteur belge“ meldet, sind die Entlassungsgesuche der Gouverneure von Genegau und Luxemburg genehmigt worden. Der Gouverneur von Weißlandern ist zur Disposition gestellt worden. Der „Moniteur belge“ veröffentlicht ferner die bereits gemeldete Amtsentlassung des Gouverneurs von Brabant, Heyvaert.

London, 19. Juni. Da die Regierung zur Beruhigung der Gemüther nichts Besseres im Sudan zu thun weiß, so schickt sie sich nunmehr ernstlich an, den Bau der Eisenbahn von Suakin nach Berber in Angriff zu nehmen, damit eben nur etwas geschehe. Es gelangen 800 Tonnen Schienen und anderes Bahnmateriale von Woolwich zur Verschiffung. Dies wird genügen, um eine Strecke von 25 (englischen) Meilen Länge fertig zu stellen. Die Bahn wird schmalspurig sein und die kleinen Lokomotiven, welche zur Verwendung gelangen, verbrauchen nur 150 Pfund Kohle per Tag. Die Bahn wird durch ägyptische Arbeiter unter Aufsicht der ausgesandten Genietruppen gebaut werden. Unter den Truppen, welche die Eröffnung der Verbindung mit Berber und Khartum herzustellen haben werden, soll der berittenen Infanterie eine hervorragende Stelle eingeräumt werden und 1000 Sättel für die kleinen arabischen Pferde sind in Arbeit gegeben.

Petersburg, 19. Juni. Das neue Universitätsstatut soll nun endlich die Bestätigung des Staatsrathes erhalten haben. Die „Nowost“ charakterisiren die Reform als eine bedeutende Einschränkung der Universitätsautonomie. Der Kurator, welchem früher bloß das Recht zustand, die allgemeinen Verhältnisse der Universität zu beaufsichtigen, soll fortan befugt sein, in alle Einzelheiten des Universitätslebens einzugreifen, Gang und Inhalt der Vorlesungen sämtlicher Professoren und Dozenten zu kontrolliren, alle etwa sich ergebenden Gesetzwidrigkeiten zu beseitigen, die Fakultätsversammlungen nach Bedarf einzuberufen, die Sitzungen des Senats und des Rektors zu bestimmen, eventuell an diesen Sitzungen unmittelbaren Antheil zu nehmen und dieselben auch zu leiten. Der Rektor erscheint nach dem neuen Statut nicht mehr als primus inter pares, sondern als der tatsächliche Chef der Universität. Senat und Direktorium haben bedingungslos den Weisungen des Rektors zu folgen. Das Prinzip der Wählbarkeit des Rektors hat insofern eine wesentliche Einschränkung erfahren, als nunmehr der Minister der öffentlichen Aufklärung mit Uebergehung der zwei vom akademischen Senat vorgeschlagenen und aus der Wahl hervorgegangenen Kandidaten die Ernennung einer dritten ihm passenden Persönlichkeit zum Rektor vorschlagen darf. Der auf diese Weise ernannte Rektor magnificus wird den Beschlüssen der Majorität des Senats entrückt. Er handelt nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortlichkeit. Was schließlich die Institution des Studieninspektors betrifft, so hat dieselbe insofern eine bedeutende Aenderung erfahren, als im Sinne der Neuordnung sowohl der Inspektor, als dessen Gehilfe direkt und ohne jegliche Einwirkung des Lehrkörpers vom Kurator ernannt werden. Die Abhängigkeit dieser Amtspersonen von der eigentlichen Universitätsbehörde, dem Rektorat, ist eine sehr bedingte.

Aus Moskau sind nach Mittheilung eines Berliner Börsenblattes bei einigen Berliner Bankfirmen Depeschen eingetroffen, welche melden, daß in Kasan Juden-Tumulte stattgefunden haben. Welche Dimensionen dieselben angenommen haben, läßt sich aus den vorliegenden Telegrammen nicht genau ersehen. Auch ist in denselben nicht angegeben, ob die Regierung energisch gegen die Tumultuanten eingeschritten ist.

Bukarest, 20. Juni. Das amtliche Blatt veröffentlicht die neuen resp. abgeänderten Verfassungsbestimmungen betreffend die Titeländerung des Landes, das Wahl- und Pressegesetz, die Auflösung der Nationalgarde und die theilweise Anwendung der Verfassung auf die Dobrudscha.

Wollmärkte.

Berlin, 20. Juni. Die flauere Tendenz hat noch zugenommen. Das „Schlachten“ war auf dem eigentlichen Wollmarkt in vollem Gange. Preisabschlag gegen das Vorjahr je nach Qualität und Behandlung der Wollen zwischen 6 und 30 M. variierend. Gute, leichte Tuch- und Stoffwollen, die jedoch meist schon gestern Nehmer gefunden hatten und in denen die Auswahl in Folge dessen sehr beschränkt war, brachten bis 150 M. Diesen Preis erzielte ein Posten Udermännischer Dominialwollen von ca. 260 Ztr., der besagte Beschaffenheit in bezug auf Mäße zeigte und von einem Kundenwälder Fabrikanten verkauft wurde, der heute Morgen sogar nur 153 M. geboten. Händler benutzten vielfach die Gelegenheit zu billigen Einkäufen, weil sie die gegenwärtigen über Erwartungen niedrigen Preise für steigungsfähig halten. Ein Posten Altmännischer Wollen wurde zu 144 gegen 174 M. im Vorjahre bezahlt, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Wäsche außergewöhnlich schlecht war. Westpreussische, Winterpommersche und Posenische mittlere Tuch- und Stoffwollen erzielten 135–144–150 M., bessere Gattungen 151–159, Bauernwollen 117 bis 129, ungewaschene Wollen 56–68 M. per 50 Kg., je nach Beschaffenheit. Unverkauft blieben ca. 4000 Ztr., meist schlechte Wäsche und ganz untergeordnete Qualitäten, die auf Stadtläger gehen oder die von den kleinen Händlern nach Hause genommen werden. Wer von Produzenten gezwungen war, zu verkaufen, um den zu Johanni fälligen Pachtzins zu zahlen, mußte die ihm gemachten Schandgebote annehmen. Die Galden, die im diesjährigen Wollmarkt, der als beendet zu betrachten ist, verloren gehen, belaufen sich auf Unsummen. — Die Thätigkeit auf den Lägern blieb, bei vornehmlicher Beteiligung von Fabrikanten, in engen Grenzen. Bei den Abschlüssen handelte es sich, nachdem die besten, als gut bekannten Stämme herausgegriffen waren, in erster Linie um Wollen, die durch Billigkeit des Preises bei guter Qualität nicht ganz exakte Behandlung und umgekehrt bei geringerer Beschaffenheit sorgsame Behandlung erkennen ließen. Die Preise hierfür sind, soweit Eigner sich von den Wollen lösen wollten, 3 bis 6 M. niedriger gewesen, als diejenigen, welche den erwähnten bekannten und in der Ausgiebigkeit erprobten Quantitäten zu Grunde lagen. Mittlere Wollen erzielten bis 15 M. auch auf den Lägern weniger als in 1893. Abfallende Sorten blieben unverkäuflich. Da die Kammgarntspinner für Wollen in A. und in den nicht übermäßig vertretenen AA-Wollen sehr billig anzukommen suchten, aber vielfach hiermit nicht reüssierten, so ist als Schlussfolgerung zusammenzufassen, daß von dieser Seite quantitativ bedeutend weniger als im Vorjahre kontrahiert worden ist und die Stadtläger für ferneren Bedarf noch gut assortiert sind.

Lübeck, 20. Juni. Die Zufuhr betrug 4500 Zentner, etwa 500 Zentner mehr als im Vorjahre. Die Wäsche ist befriedigend, theils gut; die Zahl der feinen Stämme hat abgenommen. In Folge der künftigen Berichte von dem Berliner Wollmarkt ist das Geschäft sehr ruhig. Beliebte Stämme wurden mit einem Abschlag von 5 bis 10 M., weniger gerathene Stämme mit einem Abschlag von 10 bis 18 M. verkauft. Gegen Mittag waren etwa zwei Drittel des Marktes geräumt.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 20. Juni. [Städtischer Zentral-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direktion.] Am heutigen kleinen Freitagmarkt standen zum Verkauf: 121 Rinder, 230 Schweine, 687 Kälber, 532 Hammel. Rinder blieben beinahe, Hammel ganz ohne Umsatz, ebenso Kalbener, während die Schweine inländischer Race bei umfänglicher Nachfrage die Preise des vorigen Montags brachten. Der Rinderhandel verlief, namentlich nicht ganz so gedrückt als am vorigen Montag, doch noch recht flau, da die Reifezeit beginnt, sich fühlbar zu machen und auf die Fleischmärkte ungünstig einwirkt. Das Geschäft hatte sich übrigens der Hauptsache nach schon gestern abgewandelt. I. brachte 42–50, II. 30–40 Pf. per Pfd. Fleischgewicht.

Telegraphische Nachrichten.

Em, 20. Juni. Zur kaiserlichen Tafel waren gestern geladen: Prinz Nikolaus von Nassau, der Gouverneur von Köln, Generalleutnant v. Rosenzweig, Generalmajor v. Schlichting, Generalmajor v. Westermarck, Freiherr Karl v. Rothschild aus Frankfurt, der vorher vom Kaiser empfangen worden war, sowie die Landräthe v. Alvensleben und v. Dölnichem de Rande. Abends besuchte der Kaiser das Theater. Heute früh feierte derselbe die Trinkkur fort und empfing später den Hofmarschall Grafen Porponcher und den Geh. Ober-Regierungsrath Anders zum Vortrag.

Koblenz, 20. Juni. Der Kaiser traf heute Nachmittag um 1 Uhr zum Besuche der Kaiserin hier ein; nach einem zweitägigen Aufenthalte kehrte Se. Majestät nach Em zurück.

Heidelberg, 20. Juni. Prinz Albert Viktor, Sohn des Prinzen von Wales, ist heute zu mehrmonatlichem Aufenthalte hierselbst eingetroffen.

Essen, 20. Juni. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, hat der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund gestern beschloffen, die Vereinsgehren zu einer gemeinsamen Beteiligungsaktion an der im nächsten Jahre in Antwerpen stattfindenden Industrieausstellung aufzufordern.

Paris, 20. Juni. Es verlautet, die Regierung werde den Inhalt der englisch-französischen Verständigung den Kammern am Montag mittheilen. — Der ehemalige Botschafter in London, Duffot, ist schwer erkrankt.

London, 20. Juni. Das Unterhaus nahm in dritter Lesung ohne Abstimmung die Bill über die Konvertirung der Staatsschuld an.

Bukarest, 20. Juni. Die Session des Parlaments ist heute von dem Könige mit einer Thronrede geschlossen worden. In letzterer heißt es: Die Revision der Verfassung und das neue Wahlgesetz bilden große Fortschritte für das Land, indem die Unabhängigkeit der Wähler und die Moralität der Abstimmung nunmehr mit mächtigen Garantien umgeben sind. In Bezug auf die Herstellung der Kronomäne jagt die Thronrede: Sie betheiligten von Neuem, daß die erbliche konstitutionelle Monarchie der Ehre unseres nationalen Gebäudes ist und haben Sie mir einen neuen Beweis Ihrer Liebe und Ihres Vertrauens geben wollen. Ich empfangen dankbar diesen Beweis Ihrer Ergebenheit. Seien Sie versichert, daß in meinem Palaste, welcher der Palast

der rumänischen Nation ist, alle Ideen, Gefühle und Bedürfnisse des Landes immer ein mächtiges Echo und unter allen Verhältnissen warme Unterstützung finden werde. (Beifall.) In der Thronrede wird schließlich betont, daß die feste und verständige Haltung Rumäniens und seine allmähliche friedliche Entwicklung überall Vertrauen einflößen. Rumänien nehme heute in Europa eine Stellung ein, die es mit Freude erfüllen könne.

Nisch, 20. Juni. Die Skupschtina hat das Steuergesetz nunmehr definitiv angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. Juni Morgens 0,60 Meter.
20. „ „ Mittags 0,61 „
21. „ „ Morgens 0,60 „

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	(Gr. reduc. in mm.)			(i. Cels.)
20. Nachm. 2	747,0	NW lebhaft	bedeckt 1)	+11,0
20. Abds. 10	746,7	NW lebhaft	bedeckt	+11,3
21. Morgs. 8	745,5	N schwach	bedeckt	+12,7

1) Regenhöhe: 5,6 mm.

Am 20. Wärme-Maximum: +11°8 Cels.

Wärme-Minimum: +10°8

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (Schluß-Course.) Fest, Schluß schwächer.

London, 20. Juni. (Schluß-Course.) Fest, Schluß schwächer. Wechsel 20.44. Pariser do. 81,17 1/2. Wiener do. 167,60. R.-M. S.-A. — Rheinisches do. —. Hess. Ludwigsb. 110. R.-M.-Br.-Antb. 125 1/2. Reichsanl. 103 1/2. Reichsbank 145 1/2. Darmst. 152. Meining. St. 92 1/2. Dess. —. Bank 717,50. Kreditaktien 258. Silberrente 67 1/2. Papierrente 67 1/2. Goldrente 85 1/2. Ung. Goldrente 76 1/2. 1860er Loose 120 1/2. 1864er Loose 306,50. Ung. Staatsl. 219,70. do. Döb.-Döb. II. —. Böhm. Westbahn 259 1/2. Elisabethb. —. Nordwestbahn 147 1/2. Galizier 238 1/2. Franzosen 265 1/2. Lombarden 125 1/2. Italiener 95 1/2. 1877er Russen 94 1/2. 1880er Russen 76. II. Orientanl. 58 1/2. Zentr.-Pacif. —. Distont-Rommandit —. III. Orientanl. 59 1/2. Wiener Bankverein 89. 5% österreichische Papierrente 80. Buschterader —. Gynter 59 1/2. Gotthardbahn 105 1/2. Türken 8 1/2. Russ.-Bischener 163 1/2. Tabakaktien —. Spanier 61 1/2.

Central Pacific 108 1/2. Denver u. Rio grande I. M. 91 1/2. Chicago Milwaukee 112.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 257. Franzosen 265 1/2. Galizier 238 1/2. Lombarden 125 1/2. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Gynter 59 1/2. Gotthardbahn —. Spanier neue —. Marienburg-Wladwa —.

Bei Zeichnungen auf Buderussche Eisenwerke können wegen starker Betheiligung nur 15 pSt. zugetheilt werden.

Wien, 20. Juni. (Schluß-Course.) Auf Konversionsgerüchten und dortige Notirungen fest verlaufend, brühte schließlich London.

Papierrente 80,47 1/2. Silberrente 95,75. Defferr. Goldrente 102,20. 4proz. ungarische Goldrente 122,55. 4proz. ung. Goldrente 91,90. 5proz. ung. Papierrente 88,70. 1864er Loose 125,25. 1880er Loose 135,25. 1864er Loose 168,75. Kreditloose 175,50. ung. Prämien 115,00. Kreditaktien 307,60. Franzosen 316,30. Lombarden 148,60. Galizier 284,00. Rajsk. Döb. 243,00. Nordböhmer 150,00. Nordwestbahn 177,50. Elisabethbahn 243,50. Nordbahn 250,00. Defferr. Ung.-Bank —. Türkische Loose —. Unionbank 106,50. Anglo-Aust. 110,25. Wiener Bankverein 106,80. Ungar. Kredit 308,25. Deutsche Wäse 59,55. Lombard Wechsel 121,85. Pariser do. 82,35. Amsterdamer do. 100,50. Napoleons 9,68. Dufaten 5,74. Silber 100,00. Marknoten 69,55. Russische Banknoten 1,22. Zement-Gesellschaft —. Kronpr.-Rudolf 180,50. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbtalb. 184,00. Tramman 218,25. Buschterader —. Defferr. 5proz. Papier 81,30. Tabakaktien —.

Wien, 20. Juni. (Privatverkehr.) Oesterreich. Kreditaktien 307,10, 4proz. ungar. Goldrente 91,87 1/2. Lombardbank —. Behauptet.

Paris, 20. Juni. (Schluß-Course.) Schwankend.

3proz. amortisirt. Rente 80,05. 3proz. Rente 78,27 1/2. 4proz. Rente 85,108 07 1/2. Italienische 5proz. Rente 96,70. Defferr. Goldrente 85 1/2. 4proz. ungar. Goldrente 104 1/2. 4proz. ungar. Goldrente 77 1/2. 5proz. Russen de 1877 98. Franzosen 663,75. Lombard-Giennbahn-Aktien 311,25. Lombard. Prioritäten 306,00. Türken de 1865 8,20. Türkenloose 41,60. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 335,00. Spanier neue 61. Suezkanal-Aktien 1991. Banque ottomane 648. Credit foncier 1336. Egypter 298,00. Banque de Paris 843. Banque des comptes 526,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,17 1/2. 5proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egyptien 512,00. 5proz. türk. Obligationen —. Tabakaktien 548,00.

London, 20. Juni. Consols 99 1/2. Italienische 5proz. Rente 95 1/2. Lombarden 125 1/2. 3proz. Lombarden alte 12 1/2. 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 91 1/2. 5proz. Russen de 1872 90 1/2. 5proz. Russen de 1873 90 1/2. 5proz. Türken de 1865 8. 4proz. runderb. Amerik. 122. Defferr. Silberrente 68. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76 1/2. Defferr. Goldrente 84 1/2. Spanier 60 1/2. Gynter neue —. do. unif. 58 1/2. Ottomanbank 15 1/2. Preuß. 4proz. Consols 102 1/2. Matt.

Suez-Aktien 79. Silber —.

Blasdiskont 1 1/2 pSt.

Petersburg, 20. Juni. Wechsel auf London 24 1/2. II. Orientanleihe 93 1/2. III. Orientanleihe 93 1/2. Neue Goldrente 165. Petersburger Diskontobank 476 1/2. Privatdiskont 6 pSt.

Produkten-Course.

Böln, 20. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,75, fremder 19,50, per Juli 17,90, per Novbr. 18,40. Roggen loco hiesiger 15,75, per Juli 14,85, per Novbr. 15,10. Hafer loco 16,25. Rübsöl loco 30,00, pr. Oktbr. 28,80.

Bremen, 20. Juni. Petroleum (Schlußbericht) niedriger. Standard white loco 7,15 bez., per Juli 7,15 bez., per August 7,30 Br., per Aug.-Dezbr. 7,50 bez.

Hamburg, 20. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert auf Termine rubig, per Juni-Juli 173 Br., 172,00 Gd., per Juli-August 174 Br., 173 Gd. Roggen loco unverändert, auf Termine rubig, per Juni-Juli 135,00 Br., 134,00 Gd., per Juli-August 134,00 Br., 133,00 Gd. Hafer und Gerste unverändert, Rübsöl loco 57, per Oktbr. 56. Spiritus still, per Juni 41 1/2 Br., per Juli-August 42 Br., per August-Septbr. 43 Br., per Septbr.-Okt. 43 Br. Raffee matt. Umsatz 3000 Sad. — Petroleum matt, Standard white loco 7,35 Br., 7,25 Gd., per Juli 7,25 Gd., per August-Dezember 7,70 Gd. — Wetter: Regen.

Wien, 20. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 9,78 Gd., 9,83 Br., per Herbst 10,23 Gd., 10,28 Br. Roggen per Juni 8,15 Gd., 8,20 Br., per Herbst 8,28 Gd., 8,33 Br. Hafer per Juni 6,97 Gd., 7,02 Br., per Septbr.-Oktbr. 7,20 Gd., 7,25 Br. Hafer per Juni 8,45 Gd., 8,50 Br., pr. Herbst 7,10 Gd., 7,15 Br.

Paris, 20. Juni. (Produktenmarkt (Schlußbericht).) Weizen rubig, per Juni 22,40, per Juli 22,90, per Juli-August 23,10, per Septbr.-Dezbr. 23,80. Roggen rubig, per Juni 16,25, per Septbr.-Dezbr. 17,00. R.-B. 9 Marques träge, per Juni 47,50, per Juli 47,90, per Juli-August 48,25, per September-Dezbr. 49,10. Rübsöl träge, per Juni 67,50, per Juli 67,75, per Juli-August 68,00, per Septbr.-Dezbr. 70,00. Spiritus behauptet, per Juni 45,00, per Juli 45,25, per Juli-Aug. 45,50, per Sept.-Dezbr. 45,75. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 20. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen auf Termine höher, pr. November 245,00. Roggen loco und auf Termine höher, per Oktober 170. Raps per Herbst —. Fl. Rübsöl loco 34 1/2, per Herbst 31 1/2.

Antwerpen, 20. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste still.

Antwerpen, 20. Juni. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 18 bez. und Br., per Juli 18 Br., per August 18 1/2 bez., 18 1/2 Br., per Septbr.-Dez. 19 bez., 19 1/2 Br. Weichend. — Wetter: Trübe.

London, 20. Juni. An der Küste angeboten 3 Beyerladungen. — Wetter: Trübe.

London, 20. Juni. Savannazuger Nr. 12 16 nominell, Rüben-Rohzucker 13 1/2 sehr träge, Centrifugal Ruba —.

London, 20. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 22 540, Gerste 16 970, Hafer 80 520 Dts.

Weizen geschäftslos, Preise nominell, unverändert, angekommene Ladungen stetig, sehr rubig. Wehl und ordinärer Hafer träge, feiner Hafer + sh. theurer. Mais rubig, Oeffener Mais + sh. billiger. Andere Artikel stetig.

Petersburg, 20. Juni. (Produktenmarkt.) Talg loco 67,50, per August 66,50. Weizen loco 12,00. Roggen loco 9,29. Hafer loco 5,30. Ganz loco —. Weizen (9 Pud) loco 14,00. — Wetter: Warm.

Manchester, 20. Juni. 12r Water Armitage 6 1/2, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nichols 8 1/2, 30r Water Clayton 9 1/2, 32r Rod Townhead 9 1/2. 40r Rule Manoli 9 1/2. 40r Medio Wilkinson 11 1/2, 32r Warpcops Dees 9, 36r Warpcops Qual. Rowland 9 1/2, 40r Double Weston 11, 60r Double courante Qualität 14, Pinters 11 1/2 8 1/2 pSt. 84. Rubig.

Liverpool, 20. Juni. Baumwoll (Schlußbericht). Umsatz 7 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner träge, Surats unregelmäßig. Middl. amerik. Juni-Juli Lieferung —, Juli-August-Lieferung 6 1/2, August-September-Lieferung —, September-Oktober-Lieferung —, Oktober-November-Lieferung 6 1/2, November-Dezember-Lieferung —, Dezember-Januar-Lieferung —. d.

Liverpool, 20. Juni. Getreidemarkt. Wehl matt, Weizen und Mais stetig. Wetter: Schön.

Marktpreise in Breslau am 20. Juni.

Festsetzungen der städtischen Markt Deputation.		gute		mittlere		geringe	
		Hoch-ster Br.	Niedrigst-ster Br.	Hoch-ster Br.	Niedrigst-ster Br.	Hoch-ster Br.	Niedrigst-ster Br.
Weizen weißer		20 30	19 30	18 10	17 9	16 90	16 40
do. gelber	pro	18 50	17 60	17 10	16 60	16 10	15 60
Roggen	100	15 70	15 50	14 80	14 50	14 30	14 10
Gerste		16 —	14 80	14 20	14 —	13 70	13 20
Hafer	Kilog.	15 90	15 70	15 50	15 30	15 20	15 —
Erbsen		19 —	18 —	17 50	16 50	16 —	15 50

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,20–3,25–3,30–3,35 Rgr., pro 100 Rgr. 6–6,50–7–7,50 Rgr., pro 2 Liter 0,12–0,13–0,14–0,15 Rgr. — Heu, per 50 Rgr. 3,00–3,30 Rgr. — Stroh, per Schock à 600 Rgr. 23,00–25,00 Rgr.

Breslau, 20. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogramm) höher. Gefündigt — Centner. Abgelaufene Kündigungsscheine —, per Juni 155 Br. G., per Juni-Juli 150 Gd., per Juli-August 152 bez. Gd., per August-Sept. 151 Br., per Sept.-Oktober 151–151 50 bez. Br., per Oktober-Nov. 150 Br. — Weizen Gef. — Centner, per Juni 186 Br. — Hafer Gefündigt — Centner, per Juni 147 Br., per Juni-Juli 147 Br. — Raps Gefündigt — Centner, per September-Oktober 240 Gd. — Rübsöl unverändert. Loco 60,00 Br., per Juni 58 nominell, per Juni-Juli 56 Br., per September-Oktober 54 Br. — Spiritus —. Gefündigt 20,000 Liter, per Juni 50,70 bez. Br., per Juni-Juli 50,70 bez. Br., per Juli-August 50,70 bez. Br., per August-September 51,20 Br., per September-Oktober 50,60 Br., per Oktober-November 49 Gd., per November-Dezember —. 3 in 1 (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Breslau, 20. Juni. 9 1/2 Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung im Allgemeinen fest.

Weizen zu notirten Preisen auf verkäuflich, per 100 Kilogramm schlechter weißer 17,80–19,50–20,60 Rgr., gelber 17,50–18,40 bis 18,80 Rgr. feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen bei schwachem Angebot preisbehaltend, bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto schlechter 14,50–15–15,50 Rgr., russischer 15,20 bis 16 Rgr., feinsten über Notiz. — Gerste ohne Veränderung, per 100 Rilo 13,50–14,20 Rgr., weiße 15,30–16,00 Rgr. — Hafer ohne Veränderung, per 100 Kilogramm 15,20–15,60–16,00 Rgr., feinsten über Notiz bezahlt. — Mais in ruhiger Haltung, per 100 Kilogramm 12,80–13 1/2–3,80 Rgr. — Erbsen behauptet, per 100 Kilogramm 15,00–17,00–18,80 Rgr. Vittoria 17,00–19,00–21,00 Rgr. — Bohnen behauptet, per 100 Kilogramm 18,00–19,00 bis 20,00 Rgr. — Lupinen gut gefragt, gelbe per 100 Kilogramm 8,50–9,50–10,30 Rgr., blaue 8,50–9,00–9,40 Rgr. — Weizen schwach angeboten, per 100 Kilogramm 14,50–14,75–15,50 Rgr. — Delfaaten schwacher Umsatz. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapsfuchen behauptet, per 50 Kilogr. 7,30–7,50 Rgr., fremde 6,80–7,20 Rgr., per September-Oktober 7,00 Rgr. — Leinsuchen rubig, per 50 Kilogramm 9,00–9,20 Rgr., fremde 7,80 bis 8,50 Rgr.

Stettin, 20. Juni. [An der Börse.] Wetter: Regnig.

+ 12° Reaumur. Barometer 28. Wind: NW.

Weizen fest, per 1000 Kilogramm loco gelber und weißer 162–180 Rgr. bez., per Juni und Juni-Juli 177,5 Rgr. u. Gd., per Juli-August 178,5–178,5 Rgr. bez., per September-Oktober 181–181,5–181 Rgr. bez., per Oktober-November 181 bis 181,5 Rgr. bez. — Roggen fest, per 1000 Kilogramm loco inländischer 141–149 Rgr., russischer 145–150 Rgr. bez., per Juni 144,5 Rgr. bez., per Juni-Juli 144,5–144 Rgr. bez., per Juli-August 144–143,5–144 Rgr. bez., per September-Oktober 144,5–144 Rgr. bez., per Oktober-November dto. — Gerste ohne Handel. — Hafer behauptet, per 1000 Kilogramm loco 136–155 Rgr. bez. — Erbsen und Winterrüben ohne Handel. — Rübsöl geschäftslos, per 100 Kilogramm loco ohne Haß bei Kleinigkeiten 57 Rgr. Br., per Juni 55 Rgr. Br., per September-Oktober 53,5 Rgr. Br. — Spiritus fest, per 10,00 Liter-pSt. loco ohne Haß 51,3 Rgr. bez., per Juni und Juni-Juli 51,4–51,6 Rgr. bez., Br. u. Gd., per Juli-August 51,7 Rgr. bez., Br. u. Gd., per August-September 52,1–52,2 Rgr. bez., Br. u. Gd., per September-Oktober 51,2 Rgr. Br. u. Gd. — Angemeldet: 1000 Gr. Roggen, 20000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 177,5 Rgr., Roggen 144,5 Rgr., Rübsöl 55 Rgr., Spiritus 51,5 Rgr. — Petroleum loco 7,7 Rgr. tr. bez., Regulirungspreis 7,7 Rgr. tranf., alte Usanze 8 Rgr. tranf. bez. (Dfies-3tg.)

Deutscher Beamtenverein.

Der Auszug nach Wierzonka findet der ungünstigen Witterung wegen nicht statt.

1997-1998

Table 1. *Continued*

Deutsche und preussische Staatsfonds wiesen in fester Gesamt-

beg. Gebührl. — Frei. Kundigungspreis — Ant. Darlehnungs-
preis — M.

lich behauptet, Ostpreußen niedriger.

Wechsel - Kurse.			Ausländische Fonds.			Eisenbahn Stamm- und Stamm - Prioritäts - Aktien			Berlin - Dresden v. St.			Deft. Lit. B. (Elbeth.)			Nordb. Banf		
Amsterd. 100 fl. 8 T.	3	103,00	Newyork. St.-Anl.	6	1 6,25	Aachen-Mastrich	—	60,00	Verl.-Görlicher Ion.	4	103,40	Reich.-B. (S. R. V.)	4	85,20	Nordb. Grundf.	0	37,50
Brüss. u. Antwerpen	3	103,00	do.	7	117,00	Altona-Kieler	4	ab. 238,20	do. Lit. B.	4	103,00	Schweiz. Str. R. D. B.	4	85,20	Deft. Rdb. v. St.	8	517,50
100 fr. 8 T.	3	103,00	Finnl. Lande	—	—	Berlin-Dresden	0	22,30	Verl.-Hamb. I. II. C.	4	101,75	do. do. neue	3	303,25	Odenb. Spar.-B.	7	160,00
London 100 £. 8 T.	2	167,60	Italienische Rente	5	95,50	Berlin-Hamburg	0	435,20	do. III. konv.	4	103,60	Schöft. Bahn 100 fl.	3	304,00	Petersb. Dis.-B.	14	120,00
Paris 100 fr. 8 T.	3	204,10	do. Tabaks-Obl.	6	95,50	Bresl.-S.-Frhg.	—	—	do. Lit. O. neue	4	102,20	(Romb.)	3	103,00	Petersb. St. B.	11	93,00
Wien, 100 fl. 8 T.	4	204,10	Deft. Gold-Rente	4	67,30	Dortm.-Gron.	2	61,25	do. Lit. D. neue	4	103,25	do. do. Obligat. gar.	5	103,00	Romm. Hyp.-Bl.	0	53,00
Petersb. 100 R. 3 T.	6	204,97	do. do.	5	79,90	Halle-Sor.-Gub.	0	50,00	Verl.-St. II. III. VI.	4	102,00	Thessalbahn	5	—	Rosener Prov.	6	118,25
Paris 100 R. 8 T.	6	204,97	do. Silber-Rente	4	67,80	Mainz-Ludwigsh.	4	109,40	B.-Schw.-R. D. E. F.	4	—	Ung.-G. Verb.-B. g.	5	82,00	Pos. Landw. B.	—	85,00
Geldsorten und Banknoten.			do. 250 fl. 1854 <td>1</td> <td>—</td> <td>Karlsruhe-Mannh.</td> <td>4</td> <td>74,00</td> <td>do. Lit. G.</td> <td>4</td> <td>—</td> <td>Ung. Nordostb. gar.</td> <td>5</td> <td>81,00</td> <td>Pos. Spiritus-Anst.</td> <td>5</td> <td>103,50</td>	1	—	Karlsruhe-Mannh.	4	74,00	do. Lit. G.	4	—	Ung. Nordostb. gar.	5	81,00	Pos. Spiritus-Anst.	5	103,50
Souvereigns pr. St.	—	16,25	do. Kredit 1858	—	308,25	Karlsruhe-Mannh.	9	147,50	do. Lit. H.	4	103,10	do. Obb. I. Em. gar.	5	81,00	Preuss. Bodm.-B.	5	128,25
20-Francs-Stück	—	16,25	do. Lott.-Bl. 1860	5	120,90	Köln-Erfurt	0	12,10	do. Lit. I.	4	103,10	do. do. II. Em. gar.	5	99,80	Pr. Str. Bd. 408	8	103,50
Dollars pr. St.	—	20,44	do. do. 1864	—	308,00	Köln-Erfurt	0	56,75	do. Lit. K.	4	103,40	do. do. III. Em. gar.	5	73,80	Pr. Hyp.-Bl. 258	5	92,75
Imperials pr. St.	—	81,15	Besser Stadt-Anl.	6	89,00	Kordb.-Erf. gar.	0	ab. 272,30	do. de 1876	5	102,60	Vorarlberger gar.	5	102,70	Pr. S. B. G. 258	7	145,60
Engl. Banknoten	—	167,80	do. do. kleine	6	—	Obfchl. A. E. D. E.	3	ab. 195,25	do. de 1879	5	103,00	Reichsbank	6	100,10	Reichsbank	6	100,10
Frang. Banknoten	—	205,70	Poln. Pfandbriefe	5	61,60	do. (Lit. B. gar.)	3	24,10	Coln-Mind 3 q. IV.	4	101,80	Rosener Bank	5	121,00	Sächsische Bank	5	90,00
Oesterr. Banknoten	—	—	do. Liquidat.	4	56,10	Dels-Gnefen	—	94,60	do. V. Em.	4	101,80	Schaffh. B.-Ver.	4	90,25	Schlef. Bank-B.	5	104,75
Russ. Noten 100 R.	—	—	Rum. mittel	8	110,10	Ditpr. Südbahn	5	32,60	do. VI. Em.	4	106,00	Schleib. Bank-B.	5	101,30	Südb. Bod.-Kreb.	6	138,50
Zinsfuß der Reichsbank.			do. kleine	8	104,30	Boien-Creuzb.	4	102,40	do. VII. Em.	4	103,20	Seitz-Drei gar.	5	92,75	Südb. Bod.-Kreb.	6	138,50
Wechsel 4 pSt.	—	—	do. St.-Obligat	6	99,90	R. Dder.-H. Bahn	4	ab. 191,90	St. A. B.	4	102,90	Seitz-Boronefch g.	5	101,00	S. B. Hamb 408	7	77,10
Lombard 5 pSt.	—	—	do. Staats-Obl.	5	90,75	Starg. Boien gar.	4	102,40	do. Lit. C. g.	4	102,90	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Barich. Kom.-B.	9	86,25
Fonds- und Staats-Papiere.			Russ. Gal. Anl. 1822	5	91,75	Tilft-Zuckerburg	0	24,25	Märk.-Pos. konv.	4	104,75	Roslow-Boronefch g.	5	87,			
Dtsch. Reichs-Anl.	4	103,00	do. do. 1862	5	91,75	Weim.-Gera (gr.)	4	43,70	Magb.-Leipz. Br. A.	4	102,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,			
Konf. Preuß. Anl.	4	102,90	do. do. kleine	5	91,75	do. 2 ^{te} konv.	2	33,75	Magb.-Wittenberge	4	86,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Donnersm.-B.	3	61,80
do.	4	103,10	do. konf. Anl. 1871	5	92,00	do.	0	28,25	do.	3	86,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Dortm. Union	—	21,50
Staats-Anleihe	4	101,75	do. do. kleine	5	92,10	Vertra-Bahn	—	104,00	Rainz.-Ludw. 68-69	4	101,60	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. St. Pr. A. L. A.	—	70,75
Staats-Schuld.	3	99,90	do. do.	5	92,00	Abtreitungsan	—	22,80	do. do. 1875 1876	5	102,75	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. Part. D. r. 110	—	106,50
Kur- u. Neum. Sch.	3	99,00	do. do.	5	92,00	Anst. Rotterdam	—	147,20	do. do. I. II. 1878	5	102,75	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Belfast. Bergw.	7	115,00
Verf. Stadt-Oblig.	4	101,75	do. do.	5	92,00	Kuiff.-Leptitz	14	—	do. do. 1881	4	101,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Georg. Marienb.	—	61,00
do.	4	101,60	do. do.	5	92,00	Baltisch gar.	—	57,00	do. do. 1884	4	101,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. Stamm-Pr.	—	84,00
do.	3	98,00	do. do.	5	92,00	Böb. Weib. gar.	—	130,00	Niederich.-Mrl. I. S.	4	101,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Börl. Eisenbahn.	—	157,00
Pfandbriefe:			do. do.	5	92,00	Dug.-Bodenbach	9	145,50	do. II. S. a 62 ^{te} Tbl.	4	100,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Gr. Berl. Pferdeb.	9	208,25
Berliner	5	108,90	do. do.	5	92,00	Elst. Weib. gar.	—	98,40	R. W. Obl. I. II. S.	4	101,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	partm. Maschin.	—	138,00
do.	4	103,50	do. do.	5	92,00	franz. Jof.	—	67,10	do. III. Ser.	4	102,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	ph. u. Cham.	6	92,50
do.	4	101,70	do. do.	5	92,00	Sal. (S. L. B.) gr.	7,02	119,50	Rordb.-Erfurt I. E.	4	102,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	örd. S.-B. konv.	—	51,50
Landchaftl. Zentral.	4	102,10	do. do.	5	92,00	Gottthardb.	—	104,70	Oberfchl. Lit. A.	4	102,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Rönnig Marienb.	2	59,50
Kur- u. Neum.	3	97,75	do. do.	5	92,00	Rajch.-Dderb.	—	62,10	do. Lit. B.	3	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Saachhammer	—	40,00
do. neue	3	95,25	do. do.	5	92,00	Rpr. Rudolfsb. gar.	4	75,20	do. Lit. C. u. D.	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Saurabütte	—	108,30
do.	4	102,10	do. do.	5	92,00	Güttich-Vimburg	0	13,60	do. gar. Lit. E. F.	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Luisse Tiefbau	—	39,75
R. Brandenb. Kredit	3	94,90	do. do.	5	92,00	Deft. Kr. St.	—	295,10	do. gar. 3 ^{te} Lit. F.	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Oberfchl. C. Ved.	3	54,75
Ditpreussische	4	101,80	do. do.	5	92,00	Deft. Kdm. G. M.	—	295,10	do. Lit. G.	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Böhmis. Bergw.	—	83,10
do.	4	101,80	do. do.	5	92,00	do. B. Els. p. II	—	324,25	do. Lit. H.	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. do. Lit. B.	—	32,75
Pommerische	3	95,10	do. do.	5	92,00	Reichenb.-Pard.	—	62,75	do. Em. v. 1873	4	101,80	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Schering	12	193,50
do.	4	101,90	do. do.	5	92,00	Ruff. Stab. gar.	—	33,50	do. do. v. 1874	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Stolberg Zink	—	20,50
do.	4	101,90	do. do.	5	92,00	Ruff. Stab. gar.	—	69,10	do. do. v. 1879	4	105,60	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	West. Drht.-Ind.	—	89,10
do.	4	101,75	do. do.	5	92,00	Schweiz. Unionsb.	—	67,00	do. do. v. 1880	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Berl. Holz-Compt.	6	95,00
Bosensche neue	4	101,75	do. do.	5	92,00	do. Westbahn	—	17,20	do. Niederfchl. Zwngb.	4	96,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. Immod.-Gef.	4	82,25
Sächsische	4	95,50	do. do.	5	92,00	Südb. p. S. i. R.	1	—	do. (Starg.-Boien)	4	—	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. Viehmarkt	0	43,75
Schleifische altland.	3	95,50	do. do.	5	92,00	Lunau-Prager	—	—	do. II. u. III. Em.	4	—	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Berzelius Bgmf.	6	95,20
do. Lit. A.	3	95,50	do. do.	5	92,00	Ung.-Galiz.	5	71,00	Dels-Gnefen	4	—	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Rorussia. Bgmf.	5	114,00
do. neue II	3	95,00	do. do.	5	92,00	Vorarlber. p. S. i. R.	5	80,80	Ditpr. Südb. A. B. C.	4	—	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Brauer. Königf.	—	161,50
Westpr. ritterfch.	3	102,10	do. do.	5	92,00	do. W. p. S. i. R.	5	22,25	Rosen-Creuzburg	5	—	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Bresl. Delfabr.	—	60,00
do. do.	4	102,10	do. do.	5	92,00	Angerm.-Sam.	—	47,25	Rechte Ober-We	4	103,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. Strakenb.	6	135,50
do. Neudisch. II.	4	101,80	do. do.	5	92,00	Berl. Dresd. St. P.	—	48,00	Rheinische	4	—	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	oo. Wagg.-Fabr.	11	146,50
Rentenbriefe.	4	101,50	do. do.	5	92,00	Bresl.-Warsh.	—	67,75	Rh.-Nabem. S. g. I. II.	4	102,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	oo. Wagg. (Goffm.)	11	131,00
Kur- u. Neumärk.	4	101,50	do. do.	5	92,00	Hall.-S.-Gub.	—	117,10	Thüringer I. Serie	4	102,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Erdmannsd. So.	—	94,00
Pommerische	4	101,50	do. do.	5	92,00	Mariensb. Mawla	—	112,90	do. II. Serie	4	102,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Glaugig. Zuderf.	—	76,00
Bosensche	4	101,50	do. do.	5	92,00	Münst.-Enschede	—	25,00	Weimar-Geraer	4	100,25	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Knorr. Steinfaß	2	43,00
Preussische	4	101,50	do. do.	5	92,00	Rordb.-Erfurt	5	111,75	Werrabahn I. Em.	4	100,25	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Röndb. Zuderf.	—	132,75
Rhein. u. Westf.	4	101,70	do. do.	5	92,00	Oberlaufthier	—	76,50	do. 1869er gar.	5	91,60	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Marienb. Koh	—	38,20
Sächsische	4	101,70	do. do.	5	92,00	Dels-Gnefen	—	76,00	Rajch.-Dderb. gar.	5	83,70	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Masch. Wähler	0	0,60
Schleifische	4	101,60	do. do.	5	92,00	Ditpr. Südb.	5	114,90	Kron.-Rud.-Bahn.	4	72,80	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Velb. Pet.-Ind.	—	44,75
Bayer. Anleihe	4	102,90	do. do.	5	92,00	Pofen-Creuzb.	5	—	do. 1872er gar.	5	83,70	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Bluto. Bergwerf	0	58,50
Brem. do. 1880	4	102,40	do. do.	5	92,00	R. Dderf. St. B.	5	191,30	do. 1872er gar.	5	83,70	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Kedenbütte konf.	—	95,00
Hamb. St.-Rente	3	93,25	do. do.	5	92,00	Saalbahn	—	102,50	do. do. neue 408	0	64,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	do. Oblig.	6	112,80
Sachf. do.	3	83,50	do. do.	5	92,00	Tilft-Zuckerb.	4,9	—	do. Sp.-Bl. 608 B.	5	91,25	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Schlef. Kohlenw.	—	—
Pr. Pr.-Anl.	3	136,25	do. do.	5	92,00	Weimar-Gera	—	71,75	Difkonto-Komm.	10	138,50	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	oo. Wein. Kramf.	—	129,00
Deft. Pr.-Sch. 40 T.	—	293,50	do. do.	5	92,00	Dug.-Bodenb. A.	9	—	do. do. gar. 1874 do.	3	386,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,90	Westf. Un. St. Pr.	—	78,75
Bad. Pr.-Anl. 1867	4	131,00	do. do.	5	92,00	do. do. B	9	—	do. Erggungung. a. do.	3	381,25	Roslow-Boronefch g.	5	87,90			
do. 35 fl. Loose	—	—	do. do.	5	92,00	Bom. Staate erworbene Eisenb.	—	—	Deft.-franz. Stab.	5	105,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90			
Bayer. Präm.-Anl.	4	133,20	do. do.	5	92,00	Berl.-Stett. St. A.	4	abg. 119,10	do. II. Em.	5	105,30	Roslow-Boronefch g.	5	87,90			
Brandenb. 20 Tblr. S.	—	97,90	do. do.	5	92,00				do. III. Em.	5	83,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,90			
Södn.-Mind. Pr.-A.	3	125,75	do. do.	5	92,00				do. IV. Em.	5	83,00	Roslow-Boronefch g.	5	87,90			
Deft. S.-Pr.-Anl.	3	124,00	do. do.	5	92,00				Deft.-S. altg. St.	3	391,25	Roslow-Boronefch g.	5	87,90			
Dtsch. G.-P.-Pdb. I.	5	94,50	do. do.</														